



Johannes Jung

Mitglied des Deutschen Bundestages

Am Künstlerhaus 30, 76131 Karlsruhe

☎ (0721) 93 104 - 21

📠 (0721) 93 104 - 23

✉ johannes.jung@wk.bundestag.de

www.jung-fuer-karlsruhe.de

Pressemitteilung

Karlsruhe, 22. Januar 2009

Konsequent für Mindestlöhne

Johannes Jung begrüßt SPD-Erfolg für sechs weitere Branchen

Am heutigen Donnerstag hat der Deutsche Bundestag mit dem neuen Arbeitnehmer-Entsendegesetz sowie einer Änderung des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes den Weg für Mindestlöhne in sechs weiteren Branchen freigemacht.

Die Neuregelungen umfassen die Bereiche Pflege, Sicherheitsdienstleistungen, Bergbau, Wäscherei, Abfallwirtschaft sowie Aus- und Weiterbildung.

„Mit den schon gesicherten Branchen Bau, Gebäudereinigung und Briefdienstleistungen erhalten damit Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer faire Löhne für anständige Arbeit. Und das haben sie auch verdient“, betont der Karlsruher SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Jung. Es sei eine Frage der Würde des Menschen, dass er von seiner Hände Arbeit auch leben könne, so Jung.

Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz bietet einen Rechtsrahmen, um tarifvertragliche Mindestlöhne für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen einer Branche verbindlich zu machen, unabhängig davon, ob der Arbeitgeber seinen Sitz im In- oder Ausland hat. Im Arbeitnehmerentsendegesetz sind nur Branchen aufgenommen, in denen die Tarifbindung bei über 50 Prozent liegt und in denen Arbeitgeber sowie Gewerkschaften um Aufnahme gebeten haben. Mit dem Mindestarbeitsbedingungsgesetz ist es möglich, in Branchen Mindestentgelte festzulegen, wenn Gewerkschaften und Arbeitgeber die erforderliche Tarifbindung nicht haben.

Umgesetzt sei nun die zentrale Forderung der SPD aus der letzten Sitzung des Koalitionsausschusses. Mindestlöhne schützen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Lohndumping und führten über höhere beitragspflichtige Löhne zu höheren Rentenanpassungen. Auch werde der Wettbewerb dadurch gestärkt, dass er über die Qualität von Waren oder Dienstleistungen und nicht über Dumpinglöhne ausgetragen werde, unterstreicht Jung. Wenn noch die Leiharbeitsbranche hinzukomme, seien fast 4 Millionen Menschen durch Lohnuntergrenzen geschützt.

„Wieder einmal ist klar, bei wem die Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am besten aufgehoben sind. Auf den beschlossenen Neuregelungen steht SPD drauf, und es ist SPD drin“, so Johannes Jung.